



Wohnen darf nicht arm machen!

Seite 2



Der Sommer ist verglommen,
Der Herbst hat ausgeweint,
Nun ist der Winter kommen,
Der bitterböse Feind.
Die Erde liegt im Leichenhemd
Und war einst jung und bunt.
Was suchst Du noch, Du bist hier fremd,
Mein Bruder Vagabund.

Wie springt dir an die Waden
Der scharfe Winterwind,
Du bist nicht eingeladen,
Wo sie besoffen sind.
Dich ruft kein Wirt zum heißen Punsch
Um Sankt Silversters Stund':
Ein Rabe krächzt den Neujahrswunsch,
Mein Bruder Vagabund.

Und wär der Himmel droben
Von Samt und von Brokat
Und Sternlein eingewoben,
Ein jedes ein Dukat,
Wär keiner, der die Leiter stellt,
Dass man sie holen kunnt,
So ist die Zeit, so ist die Welt,
Mein Bruder Vagabund.

Jura Soyfer

HELFEN STATT REDEN!

Die KPÖ Steiermark bietet kostenlose Beratung für Mieterinnen und Mieter an. Wir helfen, überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen und beraten bei Schikanen, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir haben uns in den Bezirken umgehört, wo der Schuh gerade besonders drückt.

Seite 6–7

ZEIT FÜR EINEN KURSWECHSEL!

Im steirischen Gesundheits- und Pflegewesen brennt der Hut. Es braucht nicht nur neue Köpfe, sondern einen grundsätzlichen Kurswechsel, meint KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Seite 3



Alle reden vom leistbar

Ein Dach überm Kopf, das brauchen wir alle. Ein Zuhause, in dem man sich wohlfühlt, ist ein großes Stück Lebensqualität. Dazu gehört auch, dass man keine Sorgen haben muss, die eigene Wohnung nicht mehr bezahlen zu können. Für immer mehr Menschen ist das aber längst bedrückender Alltag. Die Wohnkosten steigen seit vielen Jahren stark. Ein Ende der Teuerung ist nicht in Sicht.

In den letzten Monaten war eine interessante Entwicklung zu beobachten: Eine Partei nach der anderen entdeckt das Thema „Leistbares Wohnen“ für sich. Ob es etwas damit zu tun hat, dass im kommenden Jahr die nächste Nationalratswahl und die steirische Landtagswahl anstehen? Ein Schelm, wer Böses denkt...

Alle reden vom Wohnen – und dann?

Das Muster kommt vielen Menschen nur allzu bekannt vor: Vor einer Wahl versprechen alle das Blaue vom Himmel, aber schon am Tag nach der Wahl sind die Versprechungen vergessen und alles geht weiter wie zuvor. Das ist besonders auch beim Woh-

nen so – oder haben Sie das Gefühl, dass es bei Ihren Wohnkosten in den letzten 10 Jahren eine Entspannung gegeben hat?

„Erhöhung“ der Wohnunterstützung?

Auch bei uns in der Steiermark entwickelt die Landesregierung in letzter Zeit ein gesteigertes Interesse für leistbares Wohnen. Aber was sind die Sonntagsreden und Plakatkampagnen von ÖVP und SPÖ tatsächlich wert? Schauen wir uns dafür die Wohnunterstützung – die wichtigste steirische Zuzahlung zu den Wohnkosten – einmal genauer an: Im Juli gab die Landesregierung bekannt, eine Anpassung um rund 20 Prozent vorzunehmen. Dafür gab es

Eigenlob in höchsten Tönen. Was sie allerdings nicht dazu sagen: Es war die erste Erhöhung der Wohnunterstützung nach 12 Jahren Untätigkeit. Und: Die neue maximale Bezugshöhe liegt immer noch mehr als fünf Prozent unter (!) dem Niveau von 2011 – obwohl die Mieten in der Steiermark seither um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Diese „Erhöhung“ der Wohnunterstützung ist also in Wahrheit eine Augenauswischerei der steirischen Bevölkerung.

Mogelpackung Mietpreisbremse

Und auf Bundesebene? Groß waren die Schlagzeilen – „Die Mietpreisbremse kommt!“ Aber tut sie das wirklich? Zum einen



Viele Menschen helfen schon bei der **Wohnpetition** mit und sammeln in der ganzen Steiermark Unterschriften für leistbares Wohnen – aber ohne Sie sind wir eine/r zu wenig!

en Wohnen

gilt diese „Preisbremse“ für frei finanzierte Wohnungen überhaupt nicht. Für die restlichen Wohnungen hat die Bundesregierung eine maximale Mieterhöhung von 5 % beschlossen – und zwar pro Jahr! Das wären bis 2026 im Schnitt weitere 866 Euro mehr pro Haushalt und Jahr. Klingt das nach echter Entlastung? Mehr noch: Die Nationalbank rechnet für 2024 nur mehr mit 4,1 % und für 2025 mit 2,9 % Inflation. Dieser Pseudo-„Mietendeckel“ liegt mit 5 % deutlich darüber und ist demnach keine Unterstützung, sondern de facto eine Gewinngarantie für die Vermieter. Anstatt die Mieten nach Jahren des Zuwartens, in denen der größte Schaden schon angerichtet wurde, endlich einzufrieren, bringen ÖVP und Grüne so einen Schmäh, der zum Lachen wäre, ginge er nicht auf Kosten der Existenzen hunderttausender Menschen.

Es geht auch anders

Eine Mietpreisbremse, die diesen Namen tatsächlich verdient, gibt es hingegen in Graz. Dort ist mit Elke Kahr seit fast zwei Jahren eine Kommunistin Bürgermeisterin. In den städtischen Gemeindewohnungen, wo die Stadt direkt in die Mieten eingreifen kann, hat die KPÖ-geführte Stadtregierung sämtliche Mieterhöhungen des Bundes im vergangenen Jahr zur Gänze abgefedert und nicht an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Heuer ist die Anpassung mit moderaten zwei Prozent gedeckelt. Zum Vergleich: Die Kategoriemieten sind in derselben Zeit um unglaubliche 23 Prozent gestiegen. Vor solchen Wohnkosten-Explosionen werden die Mieterinnen und Mieter städtischer Gemeindewohnungen auch weiterhin geschützt: Bis 2026 werden die Mieten maximal nur um weitere vier Prozent

angepasst werden.

Wo es eine starke KPÖ gibt, zeigt sich: Es geht auch anders. Die extremen Teuerungen beim Wohnen sind kein Naturgesetz. Gibt es den politischen Willen, lässt sich vieles für die Menschen verbessern. Die Kompetenzen einer Stadt wie Graz sind allerdings auf die eigenen, städtischen Gemeindewohnungen beschränkt. Für einen wirklichen Mietendeckel für alle restlichen Wohnungen, auch die privaten, braucht es die Initiative der Bundesregierung. Die fühlt sich aber augenscheinlich eher den Profitinteressen der Immobilienbranche und der Hausherren als unserem Grundrecht auf Wohnen verpflichtet. Und über das Grundproblem, dass Wohnraum im Kapitalismus eine Ware wie jede andere ist, mit der spekuliert und Profit gemacht wird, spricht schon gar keiner.

Gemeinsam für leistbares Wohnen!

Damit sich das ändert und das Wohnen wieder leistbar wird, braucht es den Druck der Bevölkerung auf die Landes- und Bundesregierung. Darum haben wir von der KPÖ die Wohnpetition gestartet. Tausende Unterschriften sind schon zusammengekommen, tausende mehr sollen es werden.

Sind Sie auch der Meinung, dass es einen echten Mietendeckel für alle Wohnungen, mehr leistbaren öffentlichen statt profitgetriebenen privaten Wohnbau und eine kräftige Erhöhung und Ausweitung der steirischen Wohnunterstützung braucht? Dann ersuchen wir Sie herzlich, die Wohnpetition mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Das geht wahlweise über die Unterschriftenliste, die Sie auf der Rückseite dieser Zeitung finden, oder auch online auf www.wohnpetition.at. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

KOMMENTAR

von **Claudia Klimt-Weithaler**,
KPÖ-Landtagsabgeordnete



Es braucht einen Kurswechsel!

Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß ist zurückgetreten. Persönlich wünsche ich ihr alles Gute. Dass die Landesrätin und wir von der KPÖ gesundheitspolitisch aber grundsätzlich andere Vorstellungen verfolgt haben, ist kein Geheimnis. Sie hat die Krise im steirischen Gesundheits- und Pflegewesen, deren Grundstein schon ihr Vorgänger Drexler gelegt hat, mitzuverantworten. Wer so lange untätig bleibt, während sich der Ärzte- und Pflegepersonalmangel immer weiter zuspitzt, die Wartezeiten für OPs immer länger werden und Kassen- und Allgemeinmediziner:innen fehlen, hat die Position schlicht verfehlt. Dass es jetzt zu einem Tausch der Köpfe kommt, ist angebracht. Wichtiger wäre aber etwas anderes.

Juliane Bogner-Strauß war ein Symptom des Problems, nicht die Wurzel. Schon ihr Vorgänger Drexler hat gesundheitspolitische Weichen gestellt, die mittlerweile drauf und dran sind, das steirische Gesundheitswesen zum Entgleisen zu bringen. Was es jetzt braucht, ist nicht nur ein Personalwechsel, sondern eine grundsätzliche Kurskorrektur. Wir werden den designierten Nachfolger Kornhäusl daran messen, wie er sich zu den geplanten Krankenhaus-Schließungen, der Frage des Leitspitals Liezen, der sukzessiven Ausdünnung der Versorgung in den Regionen, dem schleppenden Ausbau der Primärversorgungszentren, der Wahlarzt-Problematik, den fehlenden Ausbildungsplätzen in der Diplompflege und den vielen weiteren drängenden Problemen im steirischen Gesundheitswesen positioniert. Ein ‚Weiter so‘ können wir uns in einer Zeit, in der nicht einmal mehr eine durchgehende Notfallversorgung in der ganzen Steiermark gewährleistet ist, nicht leisten.

Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ-Klubobfrau im Landtag Steiermark

Telefon: 0316/877-5104

Mail: claudia.klimt-weithaler@landtag.steiermark.at



Das steirische Gesundheits- und Pflegesystem in der Krise: **Mit Anlauf in den Abgrund?**

Die flächendeckende Gesundheitsversorgung in der Steiermark verschlechtert sich zunehmend. Dennoch will die Landesregierung an ihren Zusperr-Plänen festhalten.

Personalmangel, gesperrte Betten, geschlossene Abteilungen, verschobene Operationen, fehlende Kassenärzte: Kaum ein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaft aus dem steirischen Gesundheits- und Pflegewesen. Viele Menschen fragen sich zurecht: Wie lange wollen ÖVP und SPÖ noch zuschauen, während sich die Versorgungsqualität immer weiter verschlechtert? Und hat die Landesregierung die Lage überhaupt noch im Griff?

An kaum einem Beispiel lässt sich die fehlgeleitete Gesundheitspolitik so gut festmachen wie am „Leitspital Liezen“. Dieses Prestigeprojekt hat im September einmal mehr den Landtag beschäftigt. Der Grund: Der ursprünglich angenommene Kostenrahmen von 261 Millionen Euro ist nicht zu halten, eine

Nachbedeckung von rund 70 Millionen Euro ist nötig. „Wovor die Opposition und engagierte Bürger:innen vor Ort seit Jahren gewarnt haben, tritt nun ein: Das Leitspital wird bereits lange vor einem potenziellen Baustart zu einem budgetären Fass ohne Boden. Nicht nur, dass es gesundheitspolitischer Unsinn ist, drei Spitalsstandorte zu schließen – allein aus finanziellen Gründen gehört jetzt die Notbremse gezogen!“, fordert der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg.

Gegen den Willen der Bevölkerung

Die Haltung der Bevölkerung im Bezirk Liezen zum Leitspital ist eindeutig: Zwei Drittel haben 2019 bei der Volksbefragung für den Erhalt der Spitäler in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming gestimmt. Die Landesregierung hat sich jedoch über dieses Votum hinweggesetzt. Das Leitspital soll gegen jede Vernunft um jeden Preis durchgedrückt werden. Für die KPÖ hingegen steht fest: Die hunderten Millionen, die ein Neubau auf der grünen Wiese verschlingen würde, wären in

den bestehenden Spitalern, bei der Personalausstattung und der ärztlichen Versorgung in Wohnortnähe unendlich besser investiert.

Krankenhaus Knittelfeld: Droht die Schließung?

Auch andernorts macht sich die Bevölkerung zurecht Sorgen um ihre Spitäler. Die Schließung von Stationen ist oft Vorbote dafür, dass ein Spital als solches in Gefahr ist. So auch in Knittelfeld: Dort wurde kürzlich die hämato-onkologische Ambulanz geschlossen. In einer Informationsveranstaltung Mitte September sollte die Bevölkerung beruhigt werden, doch die Zusagen blieben vage und das Maßnahmenpaket dünn. „Es spricht Bände, dass die Zuständigen den Beschäftigten ‚Motivationsvorträge‘ verordnen und glauben, dass das auch nur ein Problem löst. Das Personal in unserem LKH tut unter sehr erschwerten Bedingungen ihr Möglichstes, sie haben sicher kein Motivationsproblem. Sie brauchen schlicht und einfach bessere Arbeitsbedingungen!“, so Josef Meszlenyi, KPÖ-Stadtrat in Knittelfeld.

Alarm im LKH Hochsteiermark

Auch in anderen Teilen der Steiermark ist die Lage nach 13 Jahren ÖVP-Zuständigkeit für das steirische Gesundheitswesen dramatisch. Kürzlich wurde öffentlich, dass ein 70-jähriger Pensionist und eine 100-jährige Patientin mit Platzwunde an mehreren Standorten des LKHs Hochsteiermark nicht notversorgt werden konnten. Die KPÖ hat schon vor der Schließung der Chirurgie in Bruck gewarnt, dass die Versorgung in der Region mit dieser Ausdünnung leiden wird.

KPÖ fordert Kehrtwende in der Gesundheitspolitik

Der fortschreitende Abbau von Angeboten in den Regionen hat uns in eine veritable Versorgungskrise gestürzt. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt Weithaler fordert die Landesregierung zu einem grundlegenden Kurswechsel auf: „Mit dem Zusperrn, Ausdünnen und Einsparen muss endlich Schluss sein. Wohnortnahe Gesundheitsversorgung abbauen, ohne gute Alternativen zu schaffen, das ist ein gefährlicher Irrweg!“

Energie darf kein Luxus werden!

Die Temperaturen sinken, die Tage werden kürzer. Immer mehr Menschen drehen ihre Heizkörper aber nur mehr mit Bauchweh auf – zu hoch sind die Kosten fürs Heizen mittlerweile geworden. Selbiges gilt für den Strom.

Die KPÖ hat im Landtag Steiermark zahlreiche Vorschläge eingebracht, wie die Steirerinnen und Steirer bei den Energiekosten entlastet werden können. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg hat bereits im vergangenen Jahr das Modell „Strompool Austria“ entwickelt, mit dem der Strom

durch Preisregulierung günstiger werden würde.

Auch in puncto teurer Fernwärme liegen die Vorschläge der KPÖ am Tisch: Anstatt günstiges Gas höchst gewinnbringend zu verkaufen und teuer eingekauftes Gas durch Verfeuerung in der Puchstraße der Grazer Bevölkerung in Rechnung zu stellen, muss die Energie Steiermark endlich einen längerfristigen Liefervertrag für Fernwärme aus Mellach mit dem Verbund abschließen. Das ist gut für die Umwelt und die Haushaltsbudgets der Grazer Endverbraucher.



KV-Verhandlungen: Rauf mit den Löhnen!

Es ist so sicher wie das Amen im Gebet: Kaum wird es wieder Herbst, ziehen verlässlich dunkle Konjunkturlinien auf. Die Auftragsbücher sind wie leergefegt, die Lage ist stets angespannt. Lohn-erhöhungen, die die Inflation und den Produktivitätszuwachs abdecken, sind darum unmöglich. Diese Geschichte wird uns Jahr für Jahr von der Unternehmenseite erzählt, wenn wieder Kollektivlohn-Verhandlungen anstehen.

Das erste „Angebot“ für die Metaller waren heuer 2,5 Pro-

zent Lohnplus und eine Einmalzahlung – bei einer Jahresinflation von 9,6 Prozent. Das ist schlicht und einfach eine Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten. Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange.

Für die KPÖ ist klar: Die arbeitenden Menschen verdienen kräftige Lohn-erhöhungen und eine Gewerkschaft, die diese Ausein-ersetzung in allen Branchen mutig führt – ganz gemäß dem Motto „Nicht betteln, nicht bitten – nur mutig gestritten!“

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass die Postregulierungsbehörde (RTR) in Österreich offenbar schläft. Während ihr deutsches Pendant sich bereits zum zweiten Mal geweigert hat, den Wünschen der Post um eine Anhebung des Briefportos nachzukommen, geht die RTR wie gewohnt vor den Wünschen des Post-Managements in die Knie und hat einer **20-prozentigen Erhöhung des Briefportos**, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Leistungen, zugestimmt. Während man die Kunden und die Beschäftigten im Regen stehen lässt, werden die Aktionäre schamlos bedient!

...dass die EU die Gaslieferungen aus Aserbaidschan verdoppeln will, einem Land das gerade die armenisch besiedelte Region Berg-Karabach überfallen hat und für die Flucht tausender Bewohner verantwortlich ist. Auch so geht „wertebasierte Außenpolitik“...

...dass der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments mit der Lebensrealität der Menschen tatsächlich nichts mehr zu tun hat: Während Millionen Seniorinnen und Senioren europaweit mangels eines öffentlichen Verkehrs in weniger erschlossenen Regionen auf ihr Auto angewiesen sind, sollen Menschen über 70 den Führerschein nur mehr fünf Jahre, Bürgerin-



nen und Bürger über 60 nur mehr sieben Jahre bekommen. Vorgeschlagen wurden diese und andere willkürliche Verschärfungen von der grünen Abgeordneten Karima Delli...

...dass der **Frieden** für EU und USA kein Thema ist. Im Gegenteil: Geld spielt keine Rolle, wenn es um Rüstung und um die Lieferung von Waffen geht. Da werden Milliarden flüssig gemacht, wir aber müssen sparen.

...dass es **völlig unklar** ist, wie die **Lithium-Batterien** für die „sauberen“ E-Autos recyclet werden können. Hier wird wieder einmal das Pferd von hinten aufgezäumt: Zuerst das fertige Produkt und dann „schau ma mol“.

...dass ab Jänner eine **neue Haushaltsabgabe** für den ORF fällig wird. Rund 400.000 Haushalte mehr werden zur Kasse gebeten. Ab 1.1.2024 zahlt jeder Haushalt 15,30 Euro pro Monat für den ORF. In der Steiermark kommen noch 4,70 Euro Landesgebühr dazu.

GEMEINSAM STÄRKER! MACHEN SIE MIT IN DER KPÖ!

Sie wünschen sich eine soziale Alternative zur abgehobenen Politik der etablierten Parteien?

Dann möchten wir Sie herzlich einladen, bei uns mitzumachen! Kontaktieren Sie uns, denn ohne Sie sind wir eine/r zu wenig!



✉ mitmachen@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/877 51 04

🌐 kpoe-steiermark.at/mitmachen

Wo drückt der Schuh bei

Rat und Hilfe, das sind bei der KPÖ keine Fremdwörter – im Gegenteil. In allen Bezirksbüros bietet die KPÖ eine kostenlose Mieterberatung an. Vielfach können wir so bei Problemen rasch helfen.

Umgekehrt erfahren wir tagtäglich, wo die größten Probleme liegen. Ob bei gestiegenen Wohnkosten oder üblen Machenschaften der Hausbesitzer: Die KPÖ ist immer an Ihrer Seite!

LEOBEN

Fragwürdige Methoden: Vermieter angezeigt!

In Leoben wurde KPÖ-Stadtrat **Werner Murgg** zuletzt gegen besonders schmutzige Methoden von Immobilienfirmen aktiv. Ausgerechnet die ehemaligen Werkwohnungen in Donawitz, einst vorbildliche Sozialbauten, kommen zunehmend in den Besitz privater Immobilienspekulanten. Deren Ziel ist es, möglichst viel Geld aus den Häusern zu pressen. Die Praktiken, mit denen die Mieterinnen und Mieter beglückt werden, sind unterschiedlich.

In manchen Fällen wurde den Mietern mit unbefristeten Verträgen ein Papier vorgelegt, mit dem sie die Auflösung des bestehenden Mietverhältnisses zur Kenntnis nehmen sollten. Bei Unterschrift hätten die Mieter ihre Wohnungen verloren oder hätten deutlich hö-

here Mieten zahlen müssen. Ein besonders dreister Fall zeigt, dass manche Vermieter sogar vor kriminellen Handlungen nicht zurückschrecken: Mietern eines Objektes in Leoben wurde ein belangloses Papier zur Unterschrift vorgelegt, und dann wurde diese Unterschrift auf einen neuen Mietvertrag kopiert. Eine glatte Urkundenfälschung! Die KPÖ hat den Fall zur Anzeige gebracht.

Außerdem werden Mieterinnen und Mieter immer wieder aufgefordert ein Papier zu unterzeichnen, in dem sie darüber Auskunft geben sollen, wie viele Personen in der Wohnung leben, wie die Wohnung möbliert ist und wer dort gemeldet ist. Derartige persönliche Daten brauchen keinesfalls mitgeteilt werden.



Und im Zuge der Insolvenz eines in Leoben-Donawitz ansässigen „Unternehmers“ mussten die Bewohner eines ihm gehörenden Mietobjektes im vergangenen Winter teils in kalten Wohnungen ausharren, weil die Energierechnungen durch den Vermieter nicht bezahlt wurden.

„Manche ‚Hausherren‘ scheinen das Mietrechtsgesetz bestenfalls als unverbindliche Empfehlung zu verstehen. Auf alle Fälle gilt: Nichts unterschreiben, bevor man nicht juristischen Rat eingeholt hat!“, rät KPÖ-Stadtrat Werner Murgg.

Telefon: 03842/22 670

MÜRZZUSCHLAG

Barrierefrei, aber teuer

In Mürzzuschlag ist KPÖ-Urgestein **Franz Rosenblattl** im Dauereinsatz. „Besonders brisant ist es mit der Brucker Wohnbaugenossenschaft bei uns im Ort, hier muss sich etwas tun!“, zeigt Rosenblattl einen dramatischen Fall von Teuerung auf. Die „Brucker Wohnbau“ hat Anfang der 2000er-Jahre barrierefreie Wohnbauten in Mürzzuschlag errichtet. Entsprechend leben dort vor allem ältere Personen mit kleinen Einkommen. Inzwischen haben sich die Mieten im Vergleich zum Erstbezug verdoppelt, allein im letzten Jahr kam es dreimal zu Mieterhöhungen. „Es ist ein Wahnsinn, dass eine sogenannte „gemeinnützige“ Gesellschaft so etwas macht. Viele Bewohner sind am Verzweifeln. Man stelle sich einmal vor, die Gehälter und Pensionen hätten sich in den letzten Jahren verdoppelt. Das ist irgendwie unvorstellbar. Aber wenn die Wohnkosten sich verdoppeln, soll das normal sein?“

Telefon: 03852/24 53

VOITSBERG

Familien sind besonders von der Teuerung betroffen

sind die gestiegenen Mieten ein großes Problem, besonders für Familien. Dass die Gemeinde bei uns laufend die Gebühren für Kanal, Müll und Wasser erhöht, verschlimmert die Situation noch einmal.“ Die KPÖ tritt für einen Gebührenstopp für Müll, Kanal, Wasser ein. „Die Gemeinde verweist immer

auf Zuschüsse vom Land. Aber Einmalzahlungen lösen keine Probleme. Sie geben bestenfalls kurz Luft zum Atmen, aber die Preise bleiben zu hoch, die Einkommen zu niedrig. So lange sich daran nichts ändert, bleibt es für viele sehr mühsam“, ist Sabine Wagner überzeugt.

Telefon: 0677/64 02 25 13



Sabine Wagner, KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg, hat tagtäglich mit den Sorgen der Menschen zu tun: „Generell



im Wohnen?



MURTAL

Viele fallen um „Wohnbonus“ um

sogenannten „Wohnbonus“ vorgestellt, welcher den Genossenschaften einen Teil der Zinslast abfedert. Diese Förderung trifft allerdings nur einen Bruchteil der Wohnungen in der Steiermark. Generell fallen all jene, die in Häusern wohnen, welche vor 2015 errichtet wurden, um diese Förderung um.

Der Knittelfelder KPÖ-Stadtrat **Josef Meszlenyi** kennt viele weitere Beispiele: „In einer Siedlung zahlen die Mieter nun statt 630 Euro über 1.000 Euro Miete. Wer kann sich das noch leisten?“

Telefon: 03512/82 240

In den letzten Jahren wurden viele neue Wohngebäude errichtet, meist kreditfinanziert. Die steigenden Kreditzinsen bringen nun die Bauträger, meist Genossenschaften, unter Druck. Durch vertragliche Klauseln können sie allerdings in den meisten Fällen die gestiegenen Zinsen an die Mieterinnen und Mieter weitergeben, was zu enormen Verteuerungen führt. Inzwischen versuchte die Landesregierung eine Lösung zu finden, und hat den

GRAZ

Es geht auch anders!

Seit zwei Jahren ist mit **Elke Skahr** eine Kommunistin Bürgermeisterin der Stadt Graz. Trotz der geerbten schwierigen Budgetsituation konnte die KPÖ schon einiges für die Grazer Bevölkerung erreichen – besonders beim Wohnen.

In den städtischen Gemeindewohnungen wurde 2022 keine einzige Mieterhöhung des Bundes an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Auch heuer wurde die Anpassung auf moderate zwei Prozent begrenzt, anstatt die vollen Mieterhöhungen weiterzugeben.

Weil öffentlicher Wohnraum ein wichtiges Gegengewicht zu den hohen Mieten am privaten Markt ist, werden in dieser Periode 500 neue Gemeindewohnungen entstehen.



Weiters wurden die Kanal- und Müllgebühren 2022 in Graz nicht anhaben. Ein zentrales Wahlversprechen der KPÖ wurde damit umgesetzt.

In Graz zeigt die KPÖ, was beim leistbaren Wohnen möglich ist, wenn es den politischen Willen und fortschrittliche Mehrheiten gibt. Es geht eben doch auch anders!

Telefon: 0316/71 24 79



BRUCK-KAPFENBERG

Probleme bei Betriebskostennachzahlungen

Am meisten kämpfen die Leute mit den Betriebskostennachzahlungen. Wir hatten über den Sommer dutzende Fälle, wo mehrere Hundert Euro nachzuzahlen waren. Selbst für die Mittelschicht wird es da mitunter schwer“, nennt **Sebastian Pichler** ein akutes Problem. Der Kapfenberger KPÖ-Gemeinderat – er ist für die Mieterberatung der KPÖ zuständig – wurde diesbezüglich auch im Gemeinderat aktiv. Aus Sicht der KPÖ ist es unmöglich, dass die Gemeinden ihre Gebühren, etwa für Kanal, Müll und Wasser, laufend und automatisch erhöhen, während immer mehr Menschen finanzielle Probleme haben. „Auch die Gemeindewohnungen werden laufend teurer. Hier muss man gegensteuern!“, so Pichler.

Telefon: 0699/17 06 34 39

Landesbudget 2024

Wo bleibt die Förderung für den kommunalen Wohnbau?

Beim Entwurf für das Budget für das kommende Jahr bleibt die Landesregierung einen wesentlichen Aspekt schuldig: Ein Förderprogramm für kommunalen Wohnbau fehlt komplett.

Die hohen Wohnkosten sind für immer mehr Steirerinnen und Steirer eine große Belastung. Die Mieten sind nach wie vor einer der Hauptinflationstreiber. Eines der wirksamsten Mittel gegen die extremen Preisentwicklungen bei den Mieten ist kommunaler Wohnbau. Gemeindewohnungen sind im Durchschnitt um mehr als ein Viertel billiger als vergleichbare frei finanzierte Wohnungen. Auch Genossenschaftswohnungen können preislich mit Gemeindewohnungen nicht ganz mithalten. Die Errichtung von gemeinde- bzw. stadt-eigenen Gemeindewohnungen stellt viele Kommunen aber vor große finanzielle Herausforderungen.

„Wir fordern daher seit langem eine Förderschiene des Landes, die steirischen Städte und Gemeinden bei der Flächensicherung sowie der Errichtung von kommunalem Wohnbau unterstützt. Dass das Land in dieser so wichtigen Frage ein weiteres Jahr nicht ins Tun kommt, bedauern wir sehr“, so KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock / Unsplash.

E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Druck und Versand: Druckwerk 6, 8605 Kapfenberg





1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen; Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für BezieherInnen der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition an die Bundesregierung für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

 **Ausgefüllte Listen** bitte per Post an *KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz* schicken oder im KPÖ-Landtagsklub, im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



KPÖ

**DAMIT
WOHNEN
WIEDER
LEISTBAR
WIRD**

**Claudia
Klimt-Weithaler**
KPÖ-Landtagsabgeordnete

 **Setzen wir gemeinsam
ein starkes Zeichen!**

wohnpetition.at

